

Staatsanwalt des Bundes
Juristische Mitarbeiterin:
Protokollführerin:
Verfahrensnummer:
Bern, 28. Januar 2016

Andreas Müller
Stefanie Heinrich
Silvia Kocabykyan
SV 15.1333-MUA

Nichtanhandnahmeverfügung Art. 310 StPO i.V.m. Art. 319 StPO

Beschuldigte Personen **Josef ACKERMANN**, als ehemaliger Vorsitzender der Deutschen Bank, **Jürgen FITSCHEN**, **Anshu JAIN**, **Stefan KRAUSE**, **Stephan LEITHNER**, **Stuart LEWIS**, **Rainer NESKE** und **Henry RITCHOTTE**, als für die Deutsche Bank Tätige,
Greg NAKAMURA, **Charles PRATHER**, **Sofia HIROSONE**, **Michael WONG**, **Glenn SWANSON**, **Sandra HEGERFELDT**, **Jessica HALL**, **Dana KENNY**, **Shawn TSUHA**, **Patrick KAWAI**, **Samuel JELSMA**, **Reed MAHUNA**, **Brian HUNT**, **Glenn HARA** und **Mitch ROTH**, wohnhaft in den Vereinigten Staaten von Amerika,
Barack OBAMA, **Jack LEW**, **Neal WOLIN**, **Timothy F. GEITHNER**, **Stuart A. LEVEY**, **Henry M. PAULSON**, **Robert M. KIMMIT**, **John W. SNOW**, **Neal ABERCROMBIE**, **Linda LINGLE**, **Ben CAYETANO**, **Shan TSUTSUI**, **Brian SCHATZ**, **Duke AIONA**, **Mazie HIRONO**, **Frederik PABLO**, **Stanley SHIRAKI**, **Kurt KAWAFUCHI**, **Joshua WISCH**, **Randolf L.M. BALDEMOR**, **Ronald B. RANDALL**, **Sandra YAHIRO**, **Bernard CARVALHO**, **Kaipo ASING** und †**Bryan BAPTISTE**, wohnhaft in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Straftatbestände Anzeige wegen Betrugs gemäss Art. 146 StGB und Kriegsverbrechen gemäss Art. 264c Abs. 1 Bst. d und 264g Abs. 1 Bst. c StGB bzw. Art. 108 und 109 aMSIG i.V.m. Art. 33 und 147 des Genfer Abkommens vom 12. August 1949 über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten (GA IV; SR 0.518.51) sowie Art. 43 der Abkommen vom 29. Juli 1899 und 18. Oktober 1907 betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs (Haager Landkriegsordnungen; SR 0.515.111 und 112).

Privatklägerschaft (Art. 118ff. StPO) **Kale Kepekaio GUMAPAC**, 15-1939, 20th Avenue, Kea'au, HI 96749 und [REDACTED], [REDACTED], HI [REDACTED], beide v.d. David Keanu SAI, [REDACTED], Grand-Lancy/GE.

Sachverhalt/Tatvorwurf

a) Am 22. Dezember 2014 [REDACTED], Strafanzeige bei der Bundesanwaltschaft wegen angeblich auf Hawaii begangenen Kriegsverbrechen und übermittelte einen umfangreichen Bericht eines David Keanu SAI mit Privatklagen von Kale Kepekaio GUMAPAC und [REDACTED]. Mit Verfügung vom 3. Februar 2015 nahm die Bundesanwaltschaft die Strafanzeige nicht an Hand. Auf die von den Privatklägern gegen den Entscheid der Bundesanwaltschaft eingereichten Beschwerden trat das Bundesstrafgericht wegen Verspätung nicht ein (BB.2015.36-37).

b) Am 18. August 2015 gelangen die Privatkläger mit einer erneuten Strafanzeige an die Bundesanwaltschaft. Die Strafanzeige verweist inhaltlich auf den bereits der Bundesanwaltschaft im erledigten Verfahren eingereichten Bericht mit dem Titel „*War Crimes Report: International Armed Conflict and the Commission of War Crimes in the Hawaiian Islands*“, auf die dort eingereichten Privatklagen von [REDACTED] und GUMAPAC sowie die Eingaben im Beschwerdeverfahren vor Bundesstrafgericht. Beiden Anzeigen liegt im Grundsatz die Ansicht der Privatkläger zugrunde, das Königreich Hawaii sei durch die Vereinigten Staaten illegal besetzt und annektiert worden, was die Anwendbarkeit des Kriegsvölkerrechts nach sich ziehe.

In der neuen Strafanzeige wirft Kale Kepekaio GUMAPAC Josef ACKERMANN, Jürgen FITSCHEN, Anshu JAIN, Stefan KRAUSE, Stephan LEITHNER, Stuart LEWIS, Rainer NESKE, Henry RIT-CHOTTE, Greg NAKAMURA, Charles PRATHER, Sofia HIROSONE, Michael WONG, Glenn SWANSON, Sandra HEGERFELDT, Jessica HALL, Dana KENNY, Shawn TSUHA, Patrick KAWAI, Samuel JELSMA, Reed MAHUNA, Brian HUNT, Glenn HARA und Mitch ROTH vor, das Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten verletzt zu haben, indem sie ihm ein ordentliches und unparteiisches, den Vorschriften des Abkommens entsprechendes Gerichtsverfahren verweigert und sein Haus unter Verletzung von Art. 33 des Abkommens geplündert hätten. Den Vorwürfen liege eine Streitigkeit zwischen GUMAPAC und der *Deutsche Bank National Trust Company* zu Grunde. GUMAPAC, Eigentümer eines Grundstücks auf Hawaii und Hypothekarkreditschuldner der *Deutsche Bank National Trust Company*, habe von der *Stewart Title Company* eine sogenannte „*title insurance*“ erworben, welche den Hypothekarkredit absichere, falls der Eigentumserwerbstitel seines grundpfandbelasteten Grundstücks mangelbehaftet sein sollte. Infolge der illegalen Annexion des Königreichs Hawaii seien die örtlichen US-amerikanischen Notariate gar nicht zur Eigentumsübertragung legitimiert gewesen und der entsprechende Erwerbstitel sei folglich nichtig. Die *Deutsche Bank National Trust Company* hätte ihre Ansprüche als Kreditgläubigerin in erster Linie mittels der „*title insurance*“ geltend machen müssen. Die Bank habe diesen Umstand aber nicht anerkannt und stattdessen die ihr verpfändete Liegenschaft zur Deckung ihrer Kreditforderung liquidiert. Dadurch habe sie das Haus GUMAPACS geplün-

dert im Sinne des Kriegsvölkerrechts.

seinerseits wirft Barack OBAMA, Jack LEW, Neal WOLIN, Timothy F. GEITHNER, Stuart A LEVEY, Henry M. PAULSON, Robert M. KIMMIT, John W. SNOW, Neal ABERCROMBIE, Linda LINGLE, Ben CAYETANO, Shan TSUTSUI, Brian SCHATZ, Duke AIONA, Mazie HIRONO, Frederik PABLO, Stanley SHIRAKI, Kurt KAWAFUCHI, Joshua WISCH, Randolf L.M. BALDEMOR, Ronald B RANDALL, Sandra YAHIRO, Bernard CARVALHO, Kaipo ASING und †Bryan BAPTISTE Plünderung im Sinne von Art. 33 und unrechtmässige Aneignung gemäss Art. 147 des Genfer Abkommens über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten sowie Betrug durch Unterlassung in Widerhandlung gegen Art. 43 der Haager Landkriegsordnungen vor. Die Taten seien in 2006-2007 und 2011-2013 durch die ungerechtfertigte Erhebung von US-Steuern begangen worden, da sämtliche staatlichen Behörden vor Ort nach dem Recht des hawaiischen Königreichs verfassungswidrig seien. sieht sich ebenfalls als Opfer eines Betrugs, da er eine Liegenschaft habe erwerben wollen, bezüglich welcher der US-Bundesstaat Hawaii gar nicht zur Eigentumsübertragung legitimiert gewesen sei.

c) Am 25. November 2015 liessen die Privatkläger der Bundesanwaltschaft weitere Dokumente zukommen, die belegen sollen, dass das Königreich Hawaii ein Staat sei.

Begründung

d) Gemäss den Bestimmungen der Haager Landkriegsordnungen (SR 0.515.111 und 112) sowie dem allen vier Genfer Abkommen (SR 0.518.12, 23, 42 und 51) gemeinsamen Artikel 2 setzt die Anwendung des Kriegsvölkerrechts einen bewaffneten Konflikt bzw. die vollständige oder teilweise Besetzung des Gebietes einer Vertragspartei voraus. Dies ist nachfolgend zu prüfen.

Im Jahre 1898 annektierten die Vereinigten Staaten von Amerika die Republik Hawaii (1894 bis 1898) und damit auch das vormalige Königreich Hawaii. Die der Annexion zugrunde liegende Resolution übertrug sämtliche Souveränitätsrechte in und über die hawaiischen Inseln und die von Hawaii abhängigen Gebiete mit Zustimmung der Regierung der Republik Hawaii den Vereinigten Staaten von Amerika und machte diese zu amerikanischem Territorium (vgl. *55th Congress of the United States of America, Joint Resolution to Provide for Annexing the Hawaiian Islands to the United States* vom 7. Juli 1898). Am 21. August 1959 wurde Hawaii als 50. Bundesstaat in die Union der Vereinigten Staaten aufgenommen. Gemäss offiziellen Angaben der Schweiz (vgl. Länderindex des Bundesamts für Justiz des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements) umfasst das Gebiet der Vereinigten Staaten von Amerika heute alle 50 Bundesstaaten sowie die Insel Guam, die Jungferninseln und die Nördlichen Marianen. Die Schweiz unterhält diplomatische Beziehungen zu den USA und sogar ein Konsulat in Honolulu. Hawaii wird demnach von der offiziellen Schweiz als Teil der USA anerkannt und war im gesamten Tatzeit-

raum aus Schweizer Sicht weder vollständig noch teilweise von den Vereinigten Staaten besetzt, was eine Anwendung der Genfer Abkommen bzw. der Haager Landkriegsordnungen und die sich darauf abstützenden Art. 108 und 109 aMStG bzw. Art. 264b ff. StGB von vornherein ausschliesst. Eine Plünderung oder eine unrechtmässige Aneignung im Sinne eines Kriegsverbrechens fand daher nicht statt. Gleiches gilt für den behaupteten Betrug, da die Schweiz die Legitimation der US-amerikanischen Behörden zur Eigentumsübertragung an Grundstücken auf Hawaii oder deren notarielle Beglaubigung nicht in Frage stellt.

e) Bezüglich der Anschuldigungen gegen Joseph ACKERMANN *et al.* ist zudem zu bemerken, dass es sich beim angezeigten Sachverhalt - soweit nachvollziehbar - um die Verwertung eines verpfändeten Grundstücks durch die Hypothekarkreditgläubigerin wegen Einstellung der Zinszahlungen durch den Schuldner handelt. Dies ist ein rein zivilrechtlicher Vorgang, der nicht durch Schweizer Strafverfolgungsbehörden zu beurteilen ist. Und was den von [REDACTED] angezeigten Betrug betrifft, würde es ohnehin an Schweizer Gerichtsbarkeit fehlen. Er mag zwar [REDACTED], weshalb sich die Frage der Zuständigkeit der Schweiz nach [REDACTED] stellen könnte. Es gibt aber keinerlei Hinweise auf die Anwesenheit eines Angezeigten in der Schweiz und es wäre auszuschliessen, dass die USA einen ihrer Staatsangehörigen der Schweiz auf Ersuchen einliefern würde.

f) Aus den Akten und den vorstehenden Erwägungen ergibt sich somit, dass die fraglichen Straftatbestände eindeutig nicht erfüllt sind und Prozessvoraussetzungen fehlen, weshalb die Nichtanhandnahme zu verfügen ist (Art. 310 Abs. 1 Bst. a StPO). Bereits die erste Anzeige vom 22. Dezember 2014 wurde mit identischer Begründung nicht an Hand genommen. Es liegen keine Gründe vor, von diesem Entschluss und den entsprechenden Erwägungen abzuweichen und es kann hier vollumfänglich darauf verwiesen werden.

g) Eingaben an die Bundesanwaltschaft sind in einer der Landessprachen einzureichen (Art. 3 Strafbehördenorganisationsgesetz, StBOG; SR 173.71). Da auf die vorliegende Anzeige nicht einzutreten ist, kann ausnahmsweise auf deren Übersetzung verzichtet werden.

h) Die Kosten dieser Verfügung gehen zu Lasten der Bundeskasse (Art. 423 StPO).

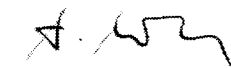
i) Diese Verfügung wird Josef ACKERMANN und den Privatklägern über deren Vertreter eröffnet. Die übrigen Angezeigten leben unbekanntem Aufenthaltsort im Ausland, ohne ein der Bundesanwaltschaft bekanntes Zustelldomizil in der Schweiz bezeichnet zu haben. Auf die öffentliche Bekanntmachung der vorliegenden Verfügung wird daher verzichtet und sie gilt als rechtsgültig zugestellt (Art. 88 Abs. 4 StPO).

In Anwendung von Art. Art. 264c Abs. 1 Bst. d und 264g Abs. 1 Bst. c StGB; Art. 108 und 109 aMStG; Art. 310 Abs. 1 Bst. a und Abs. 2 i.V.m. Art. 319 ff. StPO; Art. 3 StBOG wird

verfügt:

1. Die Strafanzeigen und Privatklagen von Kale Kepekaio GUMAPAC und [REDACTED] gegen Josef ACKERMANN, Jürgen FITSCHEN, Anshu JAIN, Stefan KRAUSE, Stephan LEITHNER, Stuart LEWIS, Rainer NESKE, Henry RITCHOTTE, Greg NAKAMURA, Charles PRATHER, Sofia HIROSONE, Michael WONG, Glenn SWANSON, Sandra HEGERFELDT, Jessica HALL, Dana KENNY, Shawn TSUHA, Patrick KAWAI, Samuel JELSMA, Reed MAHUNA, Brian HUNT, Glenn HARA, Mitch ROTH, Barack OBAMA, Jack LEW, Neal WOLIN, Timothy F. GEITHNER, Stuart A. LEVEY, Henry M. PAULSON, Robert M. KIMMIT, John W. SNOW, Neal ABERCROMBIE, Linda LINGLE, Ben CAYETANO, Shan TSUTSUI, Brian SCHATZ, Duke AIONA, Mazie HIRONO, Frederik PABLO, Stanley SHIRAKI, Kurt KAWAFUCHI, Joshua WISCH, Randolph L.M. BALDEMOR, Ronald B. RANDALL, Sandra YAHIRO, Bernard CARVALHO, Kaipo ASING und †Bryan BAPTISTE wegen Kriegsverbrechen und wegen Betrugs, angeblich begangen auf Hawaii zwischen 2006-2007 und 2011-2013, werden nicht anhand genommen.
2. Die Kosten gehen zu Lasten des Staates
3. Diese Verfügung wird per Einschreiben eröffnet an:
 - Josef ACKERMANN,
 - Kale Kepekaio GUMAPAC und [REDACTED] über ihren Vertreter David Keanu SAI, [REDACTED] Grand-Lancy/GE
4. Eine Kopie dieser Verfügung geht nach Eintritt der Rechtskraft an den Rechtsdienst der Bundesanwaltschaft mit Angabe des Datums der Rechtskraft.

Bundesanwaltschaft



Andreas Müller
Staatsanwalt des Bundes



Rechtsmittel

Gegen diesen Entscheid kann nach Art. 393 ff. StPO innert 10 Tagen seit der Zustellung oder Eröffnung schriftlich und begründet Beschwerde bei der Beschwerdekammer des Bundesstrafgerichts, Postfach 2720, 6501 Bellinzona, erhoben werden.

English (Translation)

Federal Prosecutor: Andreas Müller
Legal Assistant: Stefanie Heinrich
Secretary: Silvia Kocabiyikyan
Case number: SV.15.1333-MUA

Berne, January 28, 2016

Decision of non-acceptance according to Art. 310 StPO in connection with Art. 319 StPO

Accused persons **Josef ACKERMANN**, as former CEO of Deutsche Bank, **Jürgen FITSCHEN**, **Anshu JAIN**, **Stefan KRAUSE**, **Stephan LEITHNER**, **Stuart LEWIS**, **Rainer NESKE** und **Henry RICHOTTE**, as operatives of Deutsche Bank,
Greg NAKAMURA, **Charles PRATHER**, **Sofia HIROSONE**, **Michael WONG**, **Glenn SWANSON**, **Sandra HEGERFELDT**, **Jessica HALL**, **Dana KENNY**, **Shawn TSUHA**, **Patrick KAWAI**, **Samuel JELSMA**, **Reed MAHUNA**, **Brian HUNT**, **Glenn HARA** and **Mitch ROTH**, resident in the United States of America,
Barack OBAMA, **Jack LEW**, **Neil WOLIN**, **Timothy F. GEITHNER**, **Stuart A. LEVEY**, **Henry M. PAULSON**, **Robert M. KIMMIT**, **John W. SNOW**, **Neal ABERCROMBIE**, **Linda LINGLE**, **Ben CAYETANO**, **Shan TSUTSUI**, **Brian SCHATZ**, **Duke AIONA**, **Mazie HIRONO**, **Frederik PABLO**, **Stanley SHIRAKI**, **Kurt KAWAFUCHI**, **Joshua WISCH**, **Randolf L.M. BALDEMOR**, **Ronald B. RANDALL**, **Sandra YAHIRO**, **Bernard CARVALHO**, **Kaipo ASING** and **+Bryan BAPTISTE**, resident in the United States of America.

Statutory Offense Complaint for fraud according to Art. 146 StGB and war crimes according to Art. 264c, par. 1, lit. d and 264g, par. 1, lit. c StGB respectively Art. 108 and 109 aMStG in connection with Art. 33 and 147 of the Geneva Convention of August 12, 1949 relative to the Protection of Civilian Persons in Time of War (GA IV; SR 0.518.51) as well as Art. 43 of the Conventions of July 29, 1899 and October 18, 1907 with respect to the Laws and Customs of War on Land (Hague Land War Conventions; SR.0.515.111 and 112)

Private plaintiffs (Art.118 ff. StPO) **Kale Kepekaio GUMAPAC**, 15-1939, 20th Avenue, Kea'au, HI 96749 and [REDACTED],
both represented by David Keanu SAI, [REDACTED],
Grand-Lancy/GE.

Facts of the case/
charges

a) On December 22, 2014 the former Swiss Honorary Consul in Honolulu, Niklaus SCHWEIZER, brought a criminal complaint for war crimes allegedly committed in Hawaii and transmitted a voluminous report by a David Keanu SAI with private complaints by Kale Kepekaio GUMAPAC and [REDACTED]. By decision of February 3, 2015, the Office of the Federal Attorney General did not accept the complaint. An objection against this decision of the Office of the Federal Attorney General that was filed by the private plaintiffs was not accepted by the Federal Criminal Court because of lateness (BB.2015.36-37).

b) On August 18, 2015, the private plaintiffs addressed a fresh criminal complaint to the Office of the Federal Attorney General. The complaint substantially refers to the report already submitted in the completed proceedings, which is entitled "*War Crimes Report: International Armed Conflict and the Commission of War Crimes in the Hawaiian Islands,*" to the then submitted private complaints by [REDACTED] and GUMAPAC as well as the submissions in the objection proceedings at the Federal Criminal Court. At the basis of both complaints lies the notion held by the private plaintiffs that the Kingdom of Hawaii was illegally occupied and annexed by the United States, which would entail the applicability of the international laws of war.

In the new criminal complaint, Kale Kepekaio GUMAPAC accuses Josef ACKERMANN, Jürgen FITSCHEN, Anshu JAIN, Stefan KRAUSE, Stephan LEITHNER, Stuart LEWIS, Rainer NESKE und Henry RICHOTTE, Greg NAKAMURA, Charles PRATHER, Sofia HIROSONE, Michael WONG, Glenn SWANSON, Sandra HEGERFELDT, Jessica HALL, Dana KENNY, Shawn TSUHA, Patrick KAWAI, Samuel JELSMA, Reed MAHUNA, Brian HUNT, Glenn HARA and Mitch ROTH of violating the Geneva Convention relative to the Protection of Civilian Persons in Time of War by depriving him of a fair and regular trial according to the provisions of the Convention and by pillaging his house in violation of art. 33 of the Convention. The accusations stem from a dispute between GUMAPAC and *Deutsche Bank National Trust Company*. GUMAPAC, owner of a property on Hawaii and holder of a mortgage loan of *Deutsche Bank National Trust Company*, is said to have acquired from *Stewart Title Company* a so-called "*title insurance,*" which secures his mortgage loan in case the title of acquisition of his mortgaged property would be defective. It is said that based on the illegal annexation of the Kingdom of Hawaii, the local US-American notary offices were not at all authorized to transfer property and that the respective title of ownership was thus null and void. Therefore *Deutsche Bank National Trust Company* should have claimed its rights stemming from the "*title insurance.*" However, it is said that the bank did not recognize this fact and

instead foreclosed the house in order to cover its claims stemming from the mortgage. It is alleged that by doing so GUMAPAC's House was pillaged according to the international laws of war.

██████████, on his part, accuses Barack OBAMA, Jack LEW, Neil WOLIN, Timothy F. GEITHNER, Stuart A. LEVEY, Henry M. PAULSON, Robert M. KIMMIT, John W. SNOW, Neal ABERCROMBIE, Linda LINGLE, Ben CAYETANO, Shan TSUTSUI, Brian SCHATZ, Duke AIONA, Mazie HIRONO, Frederik PABLO, Stanley SHIRAKI, Kurt KAWAFUCHI, Joshua WISCH, Randolph L.M. BALDEMOR, Ronald B. RANDALL, Sandra YAHIRO, Bernard CARVALHO, Kaipo ASING and +Bryan BAPTISTE of pillaging within the meaning of art. 33 and of unjust appropriation of property according to art. 147 of the Geneva Convention relative to the Protection of Civilian Persons in Time of War as well as of fraud by act of omission in contradiction to art. 43 of the Hague Conventions on War on Land. The offenses are alleged to have occurred in the years 2006-2007 and 2011-2013 through the levying of US taxes without legal cause, since all authorities locally established are said to be unconstitutional under the laws of the Hawaiian Kingdom. ██████████ also sees himself as the victim of a fraud, since he intended to acquire a real property, the transfer of which however the US Federal State of Hawaii was not legitimized to register.

c) On November 25, 2015 the private plaintiffs sent further documents to the Office of the Federal Attorney General, which are supposed to prove that the Kingdom of Hawaii was a state.

Justification

d) According to the Hague Conventions on War on Land (SR.0.515.111 and 112) as well as article 2 common to all four Geneva Conventions (SR 0.518.12, 23, 42 and 51), the application of the international laws of war postulates an armed conflict, or the complete or partial occupation of the territory of a contracting party of the Geneva Conventions. This is to be checked in the following.

In the year 1898 the United States of America annexed the Republic of Hawaii (1894 until 1898) and thereby also the former Kingdom of Hawaii. The resolution providing the basis for the annexation transferred all rights of sovereignty in and over the Hawaiian Islands and the territories dependent on Hawaii with the consent of the government of the Republic of Hawaii to the United States of America and rendered these American Territory (compare *55th Congress of the United States of America, Joint Resolution to Provide for Annexing the Hawaiian Islands to the United States of July 7, 1898*). On August 21, 1959, Hawaii was admitted as the 50th Federal State into the Union of the United States. According to official statements of Switzerland (cf. the Country Index of the Federal Office of Justice of the Federal Department of Justice and Police), the territory of the

United States of America today comprises all 50 Federal States as well as the Island of Guam, the Virgin Islands and the Northern Marianas. Switzerland maintains diplomatic relations with the United States and even a consulate in Honolulu. Hawaii thus is recognized by official Switzerland as part of the USA and during the entire period the alleged offenses took place, in the view of Switzerland, was neither completely nor partially occupied by the United States, which *a priori* excludes an application of the Geneva Conventions respectively the Hague Conventions on War on Land and Art. 108 and 109 aMSTG as well as Art. 264 b ff. StGB based on them. Pillaging or unjust appropriation of property in the sense of a war crime did therefore not take place. The same pertains to the alleged fraud, since Switzerland does not question the legitimacy of US-American authorities to register or notarize transfers of real properties in Hawaii.

e) Concerning the accusations directed at Joseph ACKERMANN *et al.* it should be remarked that we are dealing here – as far as can be understood – with the foreclosure of a mortgaged property by the mortgage creditor on account of the interest payments having been stopped by the debtor. This is a purely civil matter which is not to be assessed by Swiss prosecuting authorities. And as far as the fraud complained about by ██████ is concerned, Switzerland would lack jurisdiction in any case. He may be a ██████, which is why Swiss jurisdiction according to ██████ could be established. However, there is no indication that any of the defendants is present in Switzerland and it can be ruled out that the USA would extradite anyone to Switzerland if so requested.

f) From the documents and the foregoing deliberations hence arises the conclusion that the statutory criminal offenses in question are clearly not fulfilled and the basis for prosecution is lacking, for which reason it is decided not to accept the matter (Art. 310, par. 1, lit. a StPO). Already the first complaint of December 22, 2014 was not accepted with identical justification. No reasons are on hand to diverge from that decision and the respective deliberations, and they can be completely spared here.

g) Submissions to the Office of the Federal Attorney General are to be deposited in one of the national languages (Art. 3 Law on the Organization of Prosecuting Authorities, StBOG; SR 173.71). Since we do not have to deal with the present complaint, a translation of submitted materials can exceptionally be waived.

h) The costs of this decision are borne by the Federal Exchequer (Art. 423 StPO).

i) This decision will be rendered to Josef ACKERMANN and to the private plaintiffs by way of their representative. The other accused persons live abroad without having indicated a postal address in Switzerland to the Office of the Attorney General. A public announcement of the decision at hand is therefore waived and it is considered to be legally rendered (Art. 88, paragraph 4 StPO).

Applying Art. Art.[sic] 264 c, par. 1, lit. d and 264 g, par. 1, lit. c StGB; Art. 108 and 109 aMStG; Art. 310, par. 1, lit. a and par. 2 in connection with Art. 319 ff StPO; Art. 3 StBOG

it is decided that:

1. The criminal complaints and the civil complaints by Kale Kepekaio GUMAPAC and [REDACTED] against Josef ACKERMANN, Jürgen FITSCHEN, Anshu JAIN, Stefan KRAUSE, Stephan LEITHNER, Stuart LEWIS, Rainer NESKE, Henry RICHOTTE, Greg NAKAMURA, Charles PRATHER, Sofia HIROSONE, Michael WONG, Glenn SWANSON, Sandra HEGERFELDT, Jessica HALL, Dana KENNY, Shawn TSUHA, Patrick KAWAI, Samuel JELSMA, Reed MAHUNA, Brian HUNT, Glenn HARA, Mitch ROTH, Barack OBAMA, Jack LEW, Neil WOLIN, Timothy F. GEITHNER, Stuart A. LEVEY, Henry M. PAULSON, Robert M. KIMMIT, John W. SNOW, Neal ABERCROMBIE, Linda LINGLE, Ben CAYETANO, Shan TSUTSUI, Brian SCHATZ, Duke AIONA, Mazie HIRONO, Frederik PABLO, Stanley SHIRAKI, Kurt KAWAFUCHI, Joshua WISCH, Randolph L.M. BALDEMOR, Ronald B. RANDALL, Sandra YAHIRO, Bernard CARVALHO, Kaipo ASING and +Bryan BAPTISTE, for war crimes and fraud, allegedly committed in Hawaii between 2006-2007 and 2011-2013 will not be pursued.
2. The costs will be borne by the State
3. This decision will be rendered by registered letter to
 - Josef ACKERMANN,
 - Kale Kepekaio GUMAPAC, and [REDACTED], through their representative David Keanu SAI, [REDACTED] Grand-ancy/GE.
4. A copy of this decision, upon it having obtained legal force, is furnished to the Legal Branch of the Office of the Federal Attorney General with an indication of the date of its having obtained legal force.

Office of the Federal Attorney General

[signature]

Andreas Müller
Federal Prosecutor

[seal: Office of the Swiss Federal Attorney General]

Right to object

This decision can be objected to according to Art. 393 ff. StPO within 10 days after delivery or disclosure, in writing and by providing cause, to the Appeals Chamber of the Federal Criminal Court, P.O. Box 2720, 6501 Bellinzona.